



U18₂₀₁₄ Europawahl am 16. Mai 2014

Synopse der Wahlprogramme*

von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP
und AfD zu ausgewählten Themen.

DIE EUROPAWAHL für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren

*Auswahl auf Basis der Sonntagsumfrage von ARD/ZDF, Stand 25. April 2014

www.u18.org



- Asylpolitik** ▶ 1. Wie soll die EU zukünftig mit dem „Flüchtlingsproblem“ umgehen?
Welche Strategien/Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?
Wollen Sie die Einwanderung von jungen Menschen in die EU erleichtern?



1. Wie soll die EU zukünftig mit dem „Flüchtlingsproblem“ umgehen? Welche Strategien/Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor? Wollen Sie die Einwanderung von jungen Menschen in die EU erleichtern?

CDU

„Wir müssen weiterhin auf ein funktionierendes Gemeinsames Asylsystem vertrauen. Denn kein Mitgliedstaat kann die anstehenden Probleme alleine lösen. Hierfür wollen wir die Umsetzung des Gemeinsamen Asylsystems vorantreiben und die praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärken. [...] Für uns gilt weiterhin das Prinzip: Einheitliches Schutzniveau und solidarische Lastenteilung.“

„Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien haben eine Perspektive als EU-Mitglieder und müssen insofern künftig als sichere Herkunftsstaaten gelten. Dadurch können aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. [...]“

„Die Grenzüberwachung müssen wir verstärken, damit wir ein besseres Lagebild über die Situation auf See erzielen können. [...] Der Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung müssen uneingeschränkt anerkannt und umfassend geachtet werden.“

„Unser Ziel muss sein, dass sich Flüchtlinge gar nicht erst in eine lebensbedrohliche Situation begeben. Eine nachhaltige Asylpolitik setzt daher bei den Fluchtursachen an.[...]“

„Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen werden wir eine abgestimmte Strategie entwickeln.“

„Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten in Afrika muss besser werden. Das gilt für den Kampf gegen Schleuserkriminalität und illegale Zuwanderung, die Steuerung legaler Zuwanderung und den Flüchtlingsschutz. [...]“

SPD

„Wir wollen eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die Grundrechte sichert. [...] Wir wollen die Möglichkeiten der legalen Zuwanderung erhalten und weiterentwickeln, auch unabhängig von einer wirtschaftlichen Nützlichkeitslogik. Perspektivisch wollen wir das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ durch ein System weiterentwickeln, das auf besserer Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beruht. Die Drittstaatenregelung muss reformiert werden. Bereits zuvor wollen wir in Fällen, in denen in einem Mitgliedsstaat das Asylsystem oder die Infrastruktur akut überlastet sind, durch einen zeitlich befristeten Mechanismus den Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedstaat ermöglichen. Die gute Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge muss dabei in jedem Fall voll gewährleistet sein.“

„An den EU-Außengrenzen darf es keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und den Menschenrechten geben. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung muss ebenso gewährleistet sein wie die Pflicht zur Seenotrettung. Wir brauchen eine europäische Initiative, die die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren an Europas Außengrenzen im Mittelmeer verbessert, sodass der Pflicht zur Seenotrettung effektiv nachgekommen wird. Auch dürfen diejenigen, die Flüchtlinge aus Seenot retten, nicht länger kriminalisiert werden. Unter diesen Prämissen wollen wir den Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex weiterentwickeln und verändern. Verfahren der Grenzsicherung dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Europa muss Flüchtlinge schützen, Migration als Chance begreifen und legale Einwanderungsperspektiven schaffen, statt die Mauern hochzuziehen und sich abzuschotten.“

„Die Zuwanderung von Menschen innerhalb der EU sehen wir auch als Chance, um die weitere Integration der EU zu fördern. Dazu wollen wir eine stärkere Vernetzung zwischen Kommunen und Regionen, in denen sich EU-Binnenmigranten ansiedeln, und den Kommunen und Regionen, die die Menschen verlassen, aktiv fördern und vorantreiben. Wir werden uns für die notwendige finanzielle Ausstattung eines solchen Netzwerkes stark machen und den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Ideen fördern. [...]“ ▶

- Asylpolitik** ▶ 1. Wie soll die EU zukünftig mit dem „Flüchtlingsproblem“ umgehen?
Welche Strategien/Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?
Wollen Sie die Einwanderung von jungen Menschen in die EU erleichtern?



▶ „Auch an den Außengrenzen wollen wir keine Systeme wie „smart borders“, [...]. Anstelle von mehr Überwachung und Abschottung wollen wir eine Politik, die die Offenheit Europas in den Mittelpunkt stellt. Diese soll gewährleisten, dass Angehörige von Drittstaaten ohne unverhältnismäßige Visarestriktionen, lange Warteschlangen und erniedrigende Prozeduren in die EU reisen können. Wir wollen die europäischen Botschaften zu zentralen Stellen für Konsularangelegenheiten für alle EU-BürgerInnen machen. So verbessern wir den Service, sparen unnötige Strukturen ein und erhöhen die Sichtbarkeit der EU im Ausland.“

„Wir wollen eine strategische Neuausrichtung hin zu einer gemeinschaftlichen und kohärenten Migrationspolitik, die an den Rechten von MigrantInnen orientiert ist. [...] Dazu gehört, dass wir den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern wollen. Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder UnionsbürgerInnen-schaft eröffnen.“

„Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen auch ohne Aufenthaltsrecht in allen EU-Mitgliedstaaten Zugang zu einer medizinischen Grund- bzw. Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder Schulen und Kitas besuchen können, ohne durch Meldepflichten bei Ausländerbehörden abgehalten zu werden.“

„[...] Statt die „Festung Europa“ auszubauen, wollen wir einen einheitlichen Schutz für Flüchtlinge. Wir setzen uns für gemeinsame und faire Praktiken bei Asylverfahren und eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa ein. Das Europäische Asylunterstützungsbüro (EASO) wollen wir mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausstatten.“

„Ergänzend zu einem regulären Asylsystem setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass eine festgelegte Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in allen Mitgliedstaaten aufgenommen wird („Resettlement“). Hier muss die EU-Kommission eine stärkere Koordinierungsrolle übernehmen, und die Mitgliedstaaten müssen mehr Schutzbedürftige aufnehmen.“

„In der Eurodac-Datenbank sind die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU gespeichert. Sie ist der Schandfleck des neuen europäischen Asylsystems. Sie stellt Asylsuchende künftig in eine Ecke mit Kriminellen. [...] Wir GRÜNE lehnen Eurodac nach wie vor ab.“

DIE LINKE

„Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl, wollen einen deutlich stärkeren Einsatz für Kriegsflüchtlinge, insbesondere aus dem Nahen Osten und Nordafrika, und treten für eine aktive Politik solidarischer sozialer Integration ein. Wir brauchen eine Humanisierung der Flüchtlingspolitik, Frontex ist aufzulösen.“

„Die EU-Freihandelspolitik sowie die Subventionen für Agrarprodukte zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen in anderen Regionen der Welt. Das löst nicht nur gewalttätig ausgetragene Konflikte in den verarmenden Ländern, sondern auch Flucht vor politischer Instabilität und Gewalt und Arbeitsmigration aus. [...] Die EU und ihre Mitgliedstaaten versuchen, ihre Grenzen möglichst hermetisch abzuschotten oder die Abwehr von Flüchtlingen auf Drittstaaten vorzuverlagern.“

„DIE LINKE fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik: Wir fordern unbedingtes Bleiberecht und menschenwürdige Unterkünfte, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge.“

Wir unterstützen das »Memorandum für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit« und setzen uns für das Prinzip der freien Wahl des Zufluchtlandes ein, [...]. Statt Abschottung und Kriminalisierung brauchen wir eine gesamt-europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, [...].“

„Frontex, die Agentur zur »Sicherung« der Außengrenzen, muss aufgelöst werden. Das Seeüberwachungssystem Eurosur, das nicht Menschen in Not rettet, sondern die Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen weiter verschärft, lehnen wir ab.“

„Die EU muss daran mitwirken, dass fluchtverursachende Faktoren in Herkunftsländern behoben werden.“

„Wir fordern, dass die Grundrechte der Flüchtlinge eingehalten werden: [...] Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssen die Möglichkeit zur Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben.“ „[...] Besonders der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt werden!“ „Der Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende müssen sichergestellt werden.“ „Wir fordern die strikte Achtung der UN-Kinderkonvention.“

„Asylsuchende dürfen nicht inhaftiert werden. Flucht ist kein Verbrechen und darf kein Grund für eine Inhaftierung sein.“

„[...] Unser Ziel ist ein Europa – und eine Welt – ohne Visa-Pflicht und ohne Grenzen.“

- Asylpolitik** ▶ 1. Wie soll die EU zukünftig mit dem „Flüchtlingsproblem“ umgehen?
Welche Strategien/Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?
Wollen Sie die Einwanderung von jungen Menschen in die EU erleichtern?



FDP

„Mit Blick auf die deutsche Geschichte ist das Grundrecht auf Asyl eine der wichtigsten Errungenschaften unserer freiheitlichen Grundordnung. [...] Asylrecht muss Grundrecht bleiben, die EU ist keine Festung. Die Einhaltung von Menschenrechten und die Rettung von Menschen aus Seenot bei allen Einsätzen von Frontex und Eurosur hat oberste Priorität und muss garantiert werden können.“

„Wir setzen auf eine intelligente Einwanderungspolitik der EU. Um die Attraktivität der EU für qualifizierte Facharbeiter und Studenten aus Nicht-EU-Staaten zu erhöhen, begrüßen wir die Einführung eines gemeinsamen europäischen, kriterienbasierten Punktesystems (u.a. Sprachkenntnisse, Abschluss), dem sich die Mitgliedsstaaten freiwillig anschließen können. In diesem Zusammenhang sollten Vorprüfungen im Rahmen von Asylverfahren eingeführt werden, die über Qualifizierung eine Möglichkeit der legalen Einreise in die EU eröffnet.“

„Deswegen setzen wir uns für eine europaweite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl ein. Wir fordern einen europäischen Verteilerschlüssel. Für die Berechnung zur Verteilung der Asylantragsteller in der EU sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der Zuweisung der Asylsuchenden können aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstützen. Wer einen Asylantrag gestellt hat, sollte aber auch arbeiten dürfen, um seinen wirtschaftlichen Beitrag zu leisten.“

„Der Fall Edward Snowden hat gezeigt, dass es Situationen geben kann, bei denen einzelne Länder massive wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten befürchten müssen, wenn sie Asyl gewähren. Hier sollte die Europäische Union in die Lage versetzt werden, stellvertretend für die Mitgliedstaaten offiziell Asyl anzubieten. Die aufnehmenden Mitgliedstaaten können sich somit in besonderen Einzelfällen der Solidarität aller Mitgliedstaaten Gewiss sein.“

„Die FDP fordert eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und vor allem schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht. [...]“

AfD

„Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern. Dies sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen, da so mit den verfügbaren Mitteln mehr erreicht werden kann und die betroffenen Menschen weniger stark entwurzelt werden.“ „Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen.“

„Die Entscheidungsdauer über einen Asylantrag ist unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verkürzen.“ „Auch Asylbewerbern ist das Recht auf Arbeit zu gewähren, da es der Ghettoisierung vorbeugt, Kosten vermeidet und im Falle eines positiven Entscheides eine schnellere Integration befördert.“

„Gleichzeitig muss eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern vorangetrieben werden.“ „Die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung, um diese in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.“

„Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden. [...]“
„Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten.“

„[...] Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.“ „Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. [...]“

„Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.“

Befürworten Sie gemeinschaftliche Schulden in der EU?

Soll die EU die ärmeren EU-Länder, wie Spanien, Griechenland in Europa unterstützen und wie?

Wie sehen Sie die Zukunft des Euro? Sollen z.B. Länder aus der Eurozone ausgeschlossen werden, wenn sie zu hohe Schulden haben?



2. Wie möchte Ihre Partei der Finanzkrise entgegenwirken?

Befürworten Sie gemeinschaftliche Schulden in der EU? Soll die EU die ärmeren EU-Länder, wie Spanien, Griechenland in Europa unterstützen und wie?

Wie sehen Sie die Zukunft des Euro? Sollen z.B. Länder aus der Eurozone ausgeschlossen werden, wenn sie zu hohe Schulden haben?

CDU

„Jedes Land ist zunächst selbst gefragt, bevor es Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten kann. Voraussetzung ist zudem, dass das Land langfristig seine Schulden allein tragen kann.“ „[...] Deshalb dürfen Hilfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen gewährt werden.“ „Die Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds unterstützt und überwacht die Länder bei ihren Reformanstrengungen. Ihre Arbeit ist unverzichtbar.“

„Keine Schuldenunion, keine Transferunion: Nationale Verantwortung für den Haushalt und länderübergreifende, gemeinsame Haftung sind unvereinbar. Solange jeder Staat im Rahmen seiner Haushaltspolitik eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben entscheidet, ist eine Haftungsgemeinschaft für Staatenschulden unverantwortlich. Eine systematische Vergemeinschaftung der Schulden wird es mit der CDU nicht geben.“

„In einer gemeinsamen Währung kann nicht jeder so viele Schulden machen wie er will, wenn nicht die Gemeinschaft als Ganzes in Gefahr geraten soll. Deshalb ist es notwendig, dass wir künftig die Haushalte und die Schuldenentwicklung in den einzelnen Euroländern besser überwachen.“ „Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen. Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte wollen wir weiter stärken.“

„Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.“

„Der Euro ist [...] mehr als eine Währung. Er ist ein großes Gemeinschaftsprojekt und für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar.“ „Eine Politik, die sich vom Euro abwendet und eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente fordert, ist nicht nur rückwärtsgewandt, sondern ökonomisch und politisch völlig unverantwortlich.“

SPD

„Wir wollen, dass Europa die treibende Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte ist, die diese auf ihre dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft und der realen Wirtschaft zurückführt. [...] Wir müssen den Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückgewinnen.“

„Eine handlungsfähige Banken-Union: Die Banken-Union, die sich aus der gemeinsamen Aufsicht, einem Mechanismus zur Bankenabwicklung und einem System der Einlagensicherung zusammensetzt, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass künftig Bankenpleiten auf Kosten von Steuerzahlern vermieden werden können.“

„Steuer gegen Spekulation: Die Finanztransaktionssteuer muss zügig mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umgesetzt werden.“

„Bessere Regeln für Banken und Finanzmärkte: Die vereinbarten strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken müssen noch weiter ergänzt werden. Wir wollen gerade auch auf europäischer Ebene eine deutlichere Einschränkung riskanter Geschäfte und eine striktere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking.“ [...] „Wir fordern, dass die europäischen Regierungen ihre finanzpolitische Verantwortung stärker wahrnehmen, damit sich die EZB auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.“ „Außerdem bedürfen Rating-Agenturen einer strikteren Regulierung. Das Gewicht ihrer Ratings bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Finanzprodukten muss weiter reduziert werden. Wir wollen auch die Gründung europäischer Ratingagenturen fördern.“

„Der Euro hat sich als nach innen und außen stabile Währung bewährt und trägt maßgeblich zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa bei. Wir wollen die gemeinsame Währung gerade jetzt in schwieriger Zeit stärken.“

Befürworten Sie gemeinschaftliche Schulden in der EU?

Soll die EU die ärmeren EU-Länder, wie Spanien, Griechenland in Europa unterstützen und wie?

Wie sehen Sie die Zukunft des Euro? Sollen z.B. Länder aus der Eurozone ausgeschlossen werden, wenn sie zu hohe Schulden haben?



Bündnis 90/Die Grünen

„Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt Konstruktionsfehler und gefährliche Risse im Fundament und ruft nationale Fliehkräfte hervor.“ „Es war gut und richtig, den Euro zu verteidigen.“ „Doch in der Ausgestaltung der Euro-Rettungspolitik wurden schwerwiegende Fehler gemacht [...]“ „[...] unsolidarische Politik wird uns nicht aus der Krise führen. Nur in einem erfolgreichen Europa kann Deutschland selbst erfolgreich sein.“

„Mit dem Green New Deal setzen wir an den Wurzeln der Krise an: Wir wollen ein europäisches Investitionsprogramm, das gerade in den Staaten unter dem Euro-Rettungsschirm die ökologische Modernisierung und die Energiewende voranbringt und so neue Jobs und Zukunftsperspektiven schafft. Das Problem zu hoher Staats- und Bankschulden wollen wir nachhaltig angehen. Für das Abtragen dieser Schulden darf sich niemand seiner Verantwortung entziehen – die Banken nicht, indem sie ihre Schulden auf die Gemeinschaft abwälzen, und ebenso wenig die Staaten. Wir GRÜNE wollen deshalb im Rahmen einer europäischen Bankenunion die Banken über einen Bankenabwicklungsfonds selbst für die Kosten der Bankenabwicklungen aufkommen lassen, und wir wollen durch einen europäischen Schuldentilgungspakt die Krisenländer überhaupt erst in die Lage versetzen, ihre Schulden abzutragen. Uns geht es also um Hilfe zur Selbsthilfe.“ „Notwendige Reformen müssen sozial ausgewogen gestaltet werden.“ „Die Kosten der Krise wollen wir gerecht verteilen. Starke Schultern sollen dabei mehr tragen als schwache.“

„Wer den Euro-Austritt einzelner Länder herbeireden will, verkennt die europapolitischen und die ökonomischen Realitäten. Der Euro ist der sichtbarste Ausdruck für gelebte europäische Integration. Der Euro trägt zur Zusammengehörigkeit in Europa bei.“

„Ein Parallel-Eurozonenparlament, das unweigerlich die Schwächung parlamentarischer Kontrolle in Europa nach sich ziehen würde, lehnen wir entschieden ab. Ebenso sprechen wir uns gegen einen Eurozonen-Haushalt aus. Alle zusätzlichen Finanzierungsmaßnahmen für Staaten unter dem Euro-Rettungsschirm müssen in den EU-Haushalt eingestellt werden.“

DIE LINKE

„DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag die vermeintliche »Euro-Rettung« und den Fiskalpakt abgelehnt. Und wir lehnen auch den geplanten »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz« ab. Stattdessen müssen Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der europäischen Staaten aufeinander abgestimmt werden, um eine Dumping-Konkurrenz zu unterbinden.“

„Tatsächlich sind »Strukturreformen« notwendig: Statt Löhne, Renten und Sozialleistungen zu kürzen, wollen wir den extremen Reichtum der Millionärinnen und Millionäre europaweit wesentlich stärker zur Finanzierung wichtiger sozialer und ökologischer Investitionen oder Infrastrukturprojekte heranziehen. Ein solches Programm soll europaweit koordiniert werden.“

„Wir wollen ein Europa der solidarischen Nachbarn:

- in dem die Menschen in der Krise gerettet werden und nicht 90 Prozent der Hilfen an Banken und in den Finanzsektor fließen;
- in dem die Staaten von der Allmacht der Banken- und Finanzwelt befreit sind und es der Politik nicht darum geht, das »Vertrauen« der Finanzmärkte, sondern das der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen;
- in dem die Geld- und Kreditschöpfung sowie der Zahlungsverkehr der Banken als gesellschaftlich zentrale Funktionen unter öffentliche und damit demokratische Kontrolle gestellt werden;
- in dem nicht die Bevölkerungen gegeneinander ausgespielt, sondern Reiche und Vermögende angemessen beteiligt werden, um die Krise zu überwinden;
- ein Europa, in dem sich die Mitgliedstaaten der EU nicht gegenseitig mit Lohn- und Steurdumping, Sozialabbau und Privatisierungen niederkonkurrieren. Stattdessen werden gemeinsame Standards in der Sozial- und Steuerpolitik vereinbart, die keine Angleichung nach unten sein dürfen.“

Befürworten Sie gemeinschaftliche Schulden in der EU?

Soll die EU die ärmeren EU-Länder, wie Spanien, Griechenland in Europa unterstützen und wie?

Wie sehen Sie die Zukunft des Euro? Sollen z.B. Länder aus der Eurozone ausgeschlossen werden, wenn sie zu hohe Schulden haben?



FDP

„Die Währungsunion kann nur als Stabilitätsunion dauerhaft bestehen. Die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht noch einmal in Gefahr bringen. Jeder Mitgliedstaat muss jeweils für sich genommen die Stabilitätsanforderungen erfüllen. Diese Eigenverantwortlichkeit stabilisiert das Gesamtsystem und erzeugt wünschenswerten Druck zu Gunsten einer ehrlichen und wettbewerbsgerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten unter dem Dach der gemeinsamen Währung.“

„Dabei setzen wir auf die garantierte Unabhängigkeit der EZB und eine eigenständige EU-Kommission, die Fehlentscheidungen der Mitgliedstaaten korrigieren soll.“

„Ohne den Einsatz der Rettungsschirme von EFSM, EFSF und später des ESM und des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestand die Gefahr, dass durch die Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten eine Kettenreaktion ausgelöst worden wäre, die nicht nur die großen Finanzinstitute betroffen hätte, sondern auch die Spareinlagen von Millionen Menschen [...]“

„Deshalb haben wir immer darauf bestanden, dass die Hilfen zeitlich und der Höhe nach begrenzt und nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit können die Mitgliedstaaten ihre Schuldentragfähigkeit nicht zurückgewinnen. Als Hilfe zur Selbsthilfe ist Solidarität geboten, auch wenn es einen langen Atem braucht.“

„Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir einen Weg finden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu steigern.“

„Kein Land muss für die Schulden eines anderen Landes haften.“

„Wenn Staaten aus der Euro-Zone austreten wollen, soll das künftig möglich sein, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren.“

AfD

„Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist. Sie fordert die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB, zu stabilen Währungen und zur Haushaltsdisziplin. Sie lehnt eine Haftung für die Schulden anderer Staaten über den ESM genauso nachdrücklich ab wie gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) oder die vertragswidrige Finanzierung von Staatsschulden durch die EZB. Auch eine Haftung für die Schulden fremder Banken über die europäische Bankenunion kommt für die AfD nicht in Frage.“

„Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszusteigen. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen.“

- Nachhaltigkeit** ▶ 3. Wie soll die zukünftige Klimapolitik in der EU gestaltet werden, was sind Ihre wichtigsten Ziele dabei? Soll z.B. ein Mindestanteil erneuerbarer Energien für die Mitgliedsstaaten festgelegt werden?
Wie wichtig sind Ihnen gleiche Standards, z.B. bei einer Fischfangquote, in der Tierhaltung und zu Tierversuchen in der EU? Welche Position haben Sie zum Thema „Gen-Mais“ und welche Rolle spielt die EU dabei?



3. Wie soll die zukünftige Klimapolitik in der EU gestaltet werden, was sind Ihre wichtigsten Ziele dabei? Soll z.B. ein Mindestanteil erneuerbarer Energien für die Mitgliedsstaaten festgelegt werden?

Wie wichtig sind Ihnen gleiche Standards, z.B. bei einer Fischfangquote, in der Tierhaltung und zu Tierversuchen in der EU? Welche Position haben Sie zum Thema „Gen-Mais“ und welche Rolle spielt die EU dabei?

CDU

„[...] Wir wollen unsere hohe Versorgungssicherheit und industriellen Arbeitsplätze, die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges sind, erhalten. Auch zukünftig messen wir unsere Energiepolitik zu gleichen Anteilen an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt- bzw. Klimaverträglichkeit.“

„Zum Wohle der Bürger wollen wir in Europa eine Energiepolitik der getrennten Wege überwinden. Deshalb setzen wir uns für einen europäischen Energie-Binnenmarkt ein. Solange dieser allerdings nicht existiert, müssen ausreichend Spielräume für eine nationale Energie- und Klimapolitik gewährleistet werden.“

„Die Bewahrung der Schöpfung ist gerade aus christlicher Perspektive eine herausragende Aufgabe. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die heutige Generation, sondern auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten und gesunden Umwelt aufwachsen können. Bei vielen Umweltproblemen benötigen wir eine engere europäische Zusammenarbeit, weil Schadstoffe keine Grenzen kennen und einseitige nationale Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie aufs Spiel setzen.“

„Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert gemeinsame Maßnahmen. [...] Wir bekennen uns zu dem Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern. Ein Zieldreieck aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz halten wir weiterhin für sinnvoll und werden uns in Europa dafür einsetzen.“

„Das zentrale marktwirtschaftliche Mittel der europäischen Klimapolitik ist der Emissionshandel.“

„Wir setzen uns dafür ein, den Rohstoff- und Energieverbrauch weiter zu senken und vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln.“

„Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking ist für die CDU klar: Gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für uns absoluten Vorrang.“

„Wir arbeiten weiter daran, Landwirtschaft, Umweltschutz, Tierschutz und Tiergesundheit noch besser in Einklang zu bringen.“ „Wir wollen höchste Tierschutz- und Umweltschutzstandards mit einer wettbewerbsfähigen Produktion in Europa verbinden. Letztlich streben wir einheitliche internationale Regelungen an.“

SPD

„Wir treten für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift. Wir wollen, dass Europa Vorreiter für ein neues Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit ist. Wir wollen verbindliche, ehrgeizige Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in Europa. Um diese zu erreichen, müssen die Mitgliedsstaaten Handlungsfreiheit für die Förderung erneuerbarer Energien behalten. Wir wollen das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortsetzen und weiterentwickeln. Dies muss entsprechend in den Leitlinien der EU aufgenommen werden. Wir setzen uns auch für eine Reaktivierung des Emissionshandels ein und befürworten eine verbindliche Zielsetzung der EU bis 2030 zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent.“

- Nachhaltigkeit** ▶ 3. Wie soll die zukünftige Klimapolitik in der EU gestaltet werden, was sind Ihre wichtigsten Ziele dabei? Soll z.B. ein Mindestanteil erneuerbarer Energien für die Mitgliedsstaaten festgelegt werden?
Wie wichtig sind Ihnen gleiche Standards, z.B. bei einer Fischfangquote, in der Tierhaltung und zu Tierversuchen in der EU? Welche Position haben Sie zum Thema „Gen-Mais“ und welche Rolle spielt die EU dabei?



Bündnis 90/Die Grünen

„Unser Ziel ist ein Europa ohne Atom, Kohle und Fracking.“ „Wir GRÜNE wollen [...] ein Europa der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Erneuerbare Energien schonen nicht nur das Klima. Anders als Atomkraft und fossile Brennstoffe sind sie sicher und umweltfreundlich. [...].“

„Wir GRÜNE fordern ambitionierte, verbindliche und vor allem langfristige Ziele. Verlässliche Klimaschutzziele geben der Energiewende einen Rahmen, schaffen Planungssicherheit für Unternehmen, konkretisieren den europäischen Beitrag zur internationalen Klimapolitik und schützen damit Klima und Umwelt.“

„Damit sich grünes Wirtschaften lohnt, müssen sich die gesellschaftlichen Kosten, die durch Verschmutzung und Ressourcenverbrauch entstehen, in den Preisen widerspiegeln.“

„Wir wollen einen Atomausstieg in der ganzen EU.“

„Wir wollen erreichen, dass Tierversuche durch tierversuchsfreie Methoden ersetzt werden. Deswegen müssen europäische Mittel für die Erforschung und Erprobung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden bereitgestellt werden.“

„Dazu gehören konsequenter Klimaschutz, ein verantwortlicher Umgang mit Ressourcen, eine neue Agrarwirtschaft ohne industrielle Massentierhaltung und eine Stärkung der Solidarischen Ökonomie.“

„Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, sich rechtssicher und dauerhaft gegen den Gentechnik-Anbau zu entscheiden, um z.B. die gentechnikfreie und ökologische Produktion zu schützen.“

DIE LINKE

„DIE LINKE setzt sich für drei verbindliche, aufeinander abgestimmte Ziele der Energie- und Klimaschutzpolitik ein:

- Minderung des Ausstoßes an Klimagasen in der EU gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020, um 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts;
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf ein Viertel bis 2020, auf 45 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts;
- Reduzierung des Primärenergieverbrauches gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis 2020, um 40 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts.“

„Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. An seine Stelle müssen ordnungsrechtliche Eingriffe in die Energiewirtschaft treten, wie etwa nationale Kohleausstiegsgesetze, die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben.“

„Wir setzen uns dafür ein, dass kurzlebige Verbrauchsgüter und Lebensmittel vornehmlich regional produziert sowie verteilt und langlebige, überregional genutzte Güter hauptsächlich über Schienen und Wasserstraßen transportiert werden.“

„Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen.“

„Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auf eine deutliche Erhöhung des Anteils regional erzeugter und verbrauchter Produkte gerichtet ist.“

„Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab.“

„Der Verkauf bzw. die Überlassung großer Landflächen an wenige Konzerne zerstört die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger, Vertreibung und Flucht. DIE LINKE fordert, dass Landgrabbing weltweit verboten und geächtet wird!“

„Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen Alternativen erforscht und gefördert werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die industrielle Tierhaltung muss durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungformen ersetzt werden.“

Nachhaltigkeit ▶ 3. Wie soll die zukünftige Klimapolitik in der EU gestaltet werden, was sind Ihre wichtigsten Ziele dabei? Soll z.B. ein Mindestanteil erneuerbarer Energien für die Mitgliedsstaaten festgelegt werden?
Wie wichtig sind Ihnen gleiche Standards, z.B. bei einer Fischfangquote, in der Tierhaltung und zu Tierversuchen in der EU? Welche Position haben Sie zum Thema „Gen-Mais“ und welche Rolle spielt die EU dabei?



FDP

„In der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir Liberalen auf Innovation und neue Technologien sowie auf den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote.“

„Der Handel mit Emissionsrechten bleibt für uns Liberale das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen.“

„Wir stehen zu den Klimaschutzzielen der EU, weitere einseitige Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtung lehnen wir jedoch ab. Die Finanzkrise hat gezeigt: Länder mit starker Industrie haben sich viel schneller erholt.“

„Wir setzen uns für eine zügige und grundlegende Reform des Erneuerbaren Energie-Gesetzes auf europäischer Ebene ein. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europaweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von erneuerbaren Energien nicht mehr – wie bisher – über hohe Garantiepreise zu fördern, die dann der Stromkunde über seine Rechnung zahlt. Vielmehr werden die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen. Wie sie diesen Anteil erreichen, bleibt den Unternehmen überlassen. Das führt dazu, dass sich die Anbieter durchsetzen, die besonders günstig sind oder sehr verlässlich regenerative Energie einspeisen.“

„Zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. [...] Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwenden darf.“

AfD

„Wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet. Zudem kann ein globales Problem nur durch ein koordiniertes Vorgehen aller großen Wirtschaftsnationen gelöst werden. Deshalb lehnt die AfD nationale und europäische Alleingänge ab.“

„Neue Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz nach 2020 lehnt die AfD als ein schädliches Wettbewerbshemmnis ab, solange andere hochindustrialisierte Länder nicht gleichartige Maßnahmen ergreifen.“

„Es wird ein ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz angestrebt, um die Belastungen der Umwelt aus der Tierproduktion zu verringern. Eine effiziente Tier- und Pflanzenproduktion darf nicht die menschliche Gesundheit gefährden, z.B. durch übermäßigen Antibiotika-Gebrauch oder Rückstände.“

„Die AfD lehnt eine generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte (z.B. Genmais) durch die EU ab. Die Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.“



4. Wohin soll sich Europa entwickeln?

Wie steht Ihre Partei zur Erweiterung der EU durch die Türkei?

CDU

„Wir kämpfen in der Wahl zum Europäischen Parlament entschlossen für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa. Dafür wollen wir in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament zusammen mit unseren Schwesterparteien in der Europäischen Volkspartei (EVP) die Weichen richtig stellen. Wir wollen, dass es 2019 den Menschen in allen Teilen der Europäischen Union besser geht als heute. Unser Ziel ist, dass so wie Deutschland auch Europa gestärkt aus der Krise kommt.“

„Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa. Ebenso sehen wir die gewachsenen, vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in der Europäischen Union und in der Türkei.“ Wir wollen daher eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.“

SPD

„Damit Europa wieder mehr Vertrauen schafft und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in uns weckt, muss die europäische Idee neu gedacht werden. Wir brauchen einen Politik- und Stilwechsel in Europa.“ „Eine gerechte, demokratische und soziale Ordnung der Märkte, die das Wirtschaften auf den Wohlstand Aller und nicht den Reichtum einiger Weniger verpflichtet.“

„Wir wollen, dass die EU ihre Türen für neue Mitglieder offenhält, wenn diese vor dem Beitritt alle erforderlichen Kriterien erfüllen. Auch muss die EU ihre eigene Aufnahmefähigkeit sicherstellen. Die laufenden Verhandlungen mit der Türkei führen wir mit dem erklärten Ziel eines Beitritts weiter. Die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen mit der Türkei und ihre Anbindung an die EU liegen im deutschen Interesse.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Gemeinsam kann Europa mehr bewegen und die Zukunftsaufgaben bewältigen: Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Schutz der Menschen und BürgerInnenrechte, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, Armut und Ungleichheit und die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise.“ „Wir wollen eine starke und handlungsfähige EU, um für die großen Zukunftsaufgaben starke europäische Lösungen zu formulieren. Wir kämpfen für ein grüneres Europa, für einen solidarischen Weg aus der Krise, für mehr Demokratie und eine verantwortungsvolle Rolle der EU in der Welt. Wir geben Europa eine neue Richtung.“

„Wir GRÜNE sprechen uns für faire und transparente Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts aus. Derzeit erfüllt die Türkei die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht, wie die unangemessene Polizeigewalt gegen die DemonstrantInnen im Istanbul Gezi-Park und anderen Teilen des Landes, die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit und auch der Umgang der Regierung mit dem Korruptionsskandal deutlich machen. Doch eine glaubwürdige Beitrittsperspektive kann Dynamik in die demokratischen und rechtsstaatlichen Veränderungen bringen und die Reformkräfte im Land stärken. Rechte, die türkischen Staatsangehörigen nach dem Assoziierungsabkommen zustehen, wie Visa-Freiheit und Aufenthaltsrecht in der EU, wollen wir endlich umsetzen.“



DIE LINKE

„Wir wollen mehr Demokratie in der EU. Wir wollen eine Europäische Union, die den Menschen eine tragfähige Perspektive für Frieden und sozialen Fortschritt bietet und der jungen Generation ihre Zukunft ermöglicht. Eine solche EU ist auf der Grundlage der bestehenden Verträge nicht entwickelbar. Sie müssen dringend grundlegend erneuert werden. Unsere Kritik am Zustand der Europäischen Union führt zu unserem Engagement für ein anderes, ein sozialeres, ökologischeres, demokratischeres und friedlicheres Europa. Die EU muss neu begründet werden.“

FDP

„Europa gewinnt seine wichtigste Rechtfertigung aus der Überzeugung der Menschen, dass es ihnen eine bessere Zukunft bringt. Für uns sind diese Sorgen daher Ansporn für ein besseres Europa, das mehr Vertrauen seiner Bürger genießt, schlanker organisiert ist und demokratischer entscheidet. Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe und mehr Transparenz!“

„Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. Es darf jedoch – wie in allen Fällen – keine „Rabatte“ bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Wir ermutigen die Türkei, den notwendigen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und Menschenrechte entschlossener voranzutreiben.“

AfD

„Mit dem Wahlerfolg der AfD wird in Deutschland die Politik der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung am Ende sein [...]. dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherung bietet.“

„Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden.“



5. Soll es eine eigenständige europäische Außenpolitik geben?

Wie sehen Sie die Möglichkeiten der EU sich für die Sicherheit in anderen Ländern einzusetzen?

CDU

„Wir setzen uns dafür ein, dass der Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin als Vizepräsident in der Europäischen Kommission verankert bleibt. Wir wollen dieses Amt weiter stärken, damit die Europäische Union geschlossener und wirksamer in der Welt auftreten und handeln kann. Die Fähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein vorbeugendes Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion müssen verbessert werden.“

„Wir beobachten seit mehreren Jahren mit großer Sorge, dass in Ländern der östlichen Nachbarschaft wie Aserbaidschan, Belarus und der Ukraine wichtige Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der Menschenrechte verletzt werden. Auch diese Länder sollen einen Platz im Europäischen Haus gemeinsamer Werte einnehmen können. In diesem Bestreben wollen wir deren demokratische Entwicklung fördern. Daher unterstützen wir die demokratischen und proeuropäischen politischen Kräfte in der Ukraine. Die Ukraine hat durch das ausgehandelte Assoziierungsabkommen eine klare europäische Perspektive. Dabei wollen wir, dass die Ukraine gute und enge Beziehungen zur Europäischen Union und zu Russland pflegen kann. Die Ukraine kann dann auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union und Russland einnehmen.“

„Sollte das syrische Regime nicht ausreichend kooperieren, werden wir auf weitere Sanktionen der Europäischen Union und auf harte Konsequenzen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dringen. Wir werden uns gemeinsam mit dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einsetzen.“

SPD

„Wir wollen neue politische Initiativen zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf den Weg bringen. Die Schwerpunkte sollen dabei auf diplomatischen und zivilen Mitteln zur Krisenprävention und Konfliktregelung und auf einer strategischen Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik liegen. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Staaten wollen wir noch stärker europäisch ausrichten und zusammenführen. Langfristiges Ziel bleibt der Aufbau einer Europäischen Armee. Diese eröffnet auch große Chancen für konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz in der europäischen-Sicherheitspolitik.“

„Mit einer weiterentwickelten Europäischen Nachbarschaftspolitik wollen wir die Partnerländer dauerhaft für eine gute Zusammenarbeit gewinnen und demokratische Transformationsprozesse noch gezielter unterstützen. Das gilt gegenwärtig in besonderer Weise für die europäische Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Ukraine. Für uns ist dabei klar: Die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Standards ist die Basis einer Assoziierungspartnerschaft mit der Ukraine. [...]“

Bündnis 90/Die Grünen

„Wir wollen, dass die Außenpolitik der EU stärker in der Welt gemeinsam agiert, auch weil viele unserer Ziele ohne das Instrument einer echten EU-Außenpolitik nur schwer oder gar nicht zu erreichen sind. Eine neu zu formulierende gemeinsame außenpolitische Strategie sollte die bestehende Europäische Sicherheitsstrategie ablösen und auf den Prinzipien der Multilateralität, der Internationalität, der parlamentarischen Kontrolle und des Primats des Zivilen basieren. Damit sich die Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert, setzen wir uns auch in diesem Bereich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein.“

„Analog soll auch die Ukraine, wo hunderttausende Menschen für die Europäisierung des Landes und die Annäherung an Europa auf die Straße gingen, eine klare Beitrittsperspektive erhalten. Die EU muss auch anderen potenziellen Beitrittskandidaten auf Grundlage überprüfbarer Fortschritte enge, über die bisherigen Assoziierungsabkommen hinausgehende Kooperation anbieten.“



DIE LINKE

„Wir wenden uns gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert, und lehnen eine Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie in EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab.“ „DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, wie sie die EU umfassend betreibt, ab. Mit »zivilmilitärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik nur verschleiert.“

„Wir lehnen die Europäische Nachbarschaftspolitik in ihrer bisherigen Gestalt ab. Im Vordergrund europäischer Nachbarschaftspolitik sollen die Bekämpfung der Armut und der Wohlstand möglichst breiter Teile der Bevölkerung stehen.“

FDP

„Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdient, wissen aber, dass die derzeitigen Strukturen und Verfahren ungeeignet sind, dieses Ziel zu erreichen.“ „Bei der zukünftigen Entwicklung geht es vor allem darum, die EU in die Lage zu versetzen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen politisch gemeinsam und operativ vernetzt zu handeln. Dazu müssen gemeinsame sicherheitspolitische Interessen politisch definiert werden und als solche von der Politik und von der Bevölkerung auch wahrgenommen und akzeptiert werden.“

„Durch eine geschlossene Gemeinsame Außenpolitik können wir Europa stärker machen und zugleich als Kontinent der Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Modell entwickeln, das Vorbild und Inspiration für all jene ist, die noch in Unfreiheit leben müssen. Die großen pro-europäischen Demonstrationen in der Ukraine erinnern uns einmal mehr an dieses Versprechen und bestärken uns diesen Weg insgesamt weiterzugehen.“

AfD

„Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt. In Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten zuständig sind, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren.“ „Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibt daneben kein Raum.“ „Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab [...]“

Unterstützen Sie den Vorschlag, arbeitslosen jungen Menschen die Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, auch wenn das weiter ansteigende Schulden in den einzelnen EU-Ländern bedeutet? Was tun Sie dafür, dass Abschlüsse europaweit anerkannt werden – egal aus welchem Land man kommt?



6. Was möchte Ihre Partei tun, um der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der EU entgegenzuwirken?

Unterstützen Sie den Vorschlag, arbeitslosen jungen Menschen die Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, auch wenn das weiter ansteigende Schulden in den einzelnen EU-Ländern bedeutet? Was tun Sie dafür, dass Abschlüsse europaweit anerkannt werden – egal aus welchem Land man kommt?

CDU

„Für Jugendliche sind die Chancen auf Arbeit in Europa ungleich verteilt. Während Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat, haben Jugendliche gerade in den Krisenländern wenig Chancen auf einen Job.“

„Wir wollen, dass die getroffenen Vereinbarungen zur Jugendgarantie – also eines Ausbildungsangebotes an jeden Jugendlichen in Europa – umgesetzt werden.“ „Zudem werden wir andere europäische Länder dabei unterstützen, die erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann.“

„Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Aus- und Weiterbildung in Europa sowie die Arbeitsuche noch besser abgestimmt werden. Zudem wollen wir, dass Sprachen noch besser vermittelt werden und Bildungsabschlüsse leichter übertragbar sind. Schritt für Schritt muss die Mobilität im Arbeitsmarkt gesteigert werden.“

SPD

„Die auf sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen zügig in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen und nötigenfalls deutlich aufgestockt werden. Die Mittel sollten in einem Jugendbeschäftigungs-Fonds gebündelt und durch Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF)-ergänzt werden.“

„Die [...] Europäische Jugendgarantie muss national und europäisch rasch umgesetzt werden. Die Jugendgarantie sieht vor, dass jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung, eine Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum erhält. Dazu sind verbindliche Etappenziele und eine ausreichende Finanzausstattung notwendig. Wir setzen uns perspektivisch dafür ein, dass die Jugendgarantie ausgeweitet wird.“

„Wir wollen es [das Duale Ausbildungssystem] durch grenzübergreifende und regionale Zusammenarbeit in andere europäische Länder übertragen und die europäischen Fonds dazu nutzen.“ „Die vollständige Anerkennung der Meister- und Technikerabschlüsse in Europa ist auch für die Zukunftsfähigkeit der Dualen Ausbildung wichtig, [...]“

Bündnis 90/Die Grünen

„Mit der [...] Jugendgarantie haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, Jugendlichen spätestens nach vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz anzubieten. Die Altersgrenze der Jugendgarantie haben wir auf 30 Jahre angehoben, um der höheren Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe Rechnung zu tragen.“ „Ein deutlich besser ausgestatteter Sozialfonds soll Mitgliedstaaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit mehr Mittel für deren Bekämpfung zur Verfügung stellen.“ „Die Jugendbeschäftigungsinitiative muss finanziell aufgestockt werden.“ „Hochwertige Arbeitsplätze und Qualifizierungsangebote sollen Vorrang vor Praktika haben. Falls ein Praktikum trotzdem sinnvoll sein sollte, muss es den Anforderungen der vom Europäischen Jugendforum entwickelten Qualitätscharta entsprechen.“ „Immer mehr junge Menschen aus den Krisenstaaten verlassen zur Arbeitssuche ihre Heimatländer. Sie müssen fair behandelt werden und brauchen eine ausreichende Unterstützung bei der Eingliederung in ihre neue Arbeitsmärkte und ihr neues Lebensumfeld.“

„Wir begrüßen die Schritte zu einer vereinfachten Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen – sie ist eine zentrale Voraussetzung für die Mobilität von ArbeitnehmerInnen in Europa.“

► 6. Was möchte Ihre Partei tun, um der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der EU entgegenzuwirken?

Unterstützen Sie den Vorschlag, arbeitslosen jungen Menschen die Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, auch wenn das weiter ansteigende Schulden in den einzelnen EU-Ländern bedeutet? Was tun Sie dafür, dass Abschlüsse europaweit anerkannt werden – egal aus welchem Land man kommt?



DIE LINKE

„Für eine umfassende »Jugendgarantie«: Die Pläne der EU reichen bei weitem nicht. Um die Massenerwerbslosigkeit der Jugend in Europa zu bekämpfen, müssen Arbeitsplätze durch ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm geschaffen und ein Recht auf Ausbildung und Übernahme eingeführt werden. Dafür sind neue EU-Mittel zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE setzt sich für ein Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene Berufsbildung ein. Jeder junge Mensch muss die Möglichkeit einer Berufsausbildung in seiner Region erhalten.“

„Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen.“

„Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt. Wir fordern die Abschaffung des Bologna-Systems [...]“

FDP

„Die Etablierung einer dualen Berufsausbildung, eine stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte im Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen und die Durchführung struktureller Arbeitsmarktreformen sind wichtige Bausteine zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt muss jedoch bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. [...] Zudem muss die EU für Schul- und Hochschulabsolventen den Zugang in die Arbeitsmärkte an derer Mitgliedsstaaten weiter erleichtern.“

„Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss deshalb die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleichtert werden. Dafür brauchen wir eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien.“

AfD

„Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen. Die von der AfD angestrebte Neuordnung des Währungssystems wäre mit einer Abwertung der Währungen der südlichen Länder Europas verbunden und könnte einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und damit zu neuem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche führen.“

„Darüber hinaus sind Beschäftigungsverhältnisse in den Krisenländern über Gebühr zulasten der jungen Generation bestandsgeschützt. Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt.“

„Das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen. Das duale Ausbildungssystem, die Kombination schulischer und betrieblicher Bildung, ist ein deutsches Erfolgsmodell, das verantwortlich für die relative geringe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses in Deutschland zu erhalten und mitzuhelfen, es in anderen Ländern Europas einzuführen, ist das Ziel der AfD.“

„Die Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse soll verbessert werden.“



CDU

„(...) Daher setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Polnische Jugendwerk werden wir als entscheidende Elemente der europäischen Verständigung weiter intensiv fördern. Wer die Sprache und Kultur des Nachbarn kennt, baut leichter Freundschaften über Grenzen hinweg auf. „

„Die CDU begrüßt das EU-Programm „Erasmus+“. Mit diesem Austauschprogramm für Jugend, Bildung und Sport können bis zu fünf Millionen Europäer zwischen 13 und 30 Jahren bis zum Jahr 2020 Auslandsstipendien beantragen – unabhängig von ihrer jeweiligen Bildungsstufe. Die CDU unterstützt die Mobilität der Studierenden bzw. der Schüler, Berufsschüler und Auszubildenden: Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens 50 Prozent der Hochschulabsolventen einen Teil ihres Studiums im Ausland verbracht haben. Bei den jungen Erwachsenen in der Ausbildung sollen es mindestens zehn Prozent sein. „

„Wir werden daher die Projekte im Rahmen der Begegnungskultur, des Jugendaustauschs, Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften, Vernetzung von Partnerstädten und Bürgerprojekte wie Bürgercafés oder Bürgergremien fortführen und stärken. Wir unterstützen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Forschungseinrichtungen, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, kirchlichen und karitativen Organisationen. Dabei setzen wir uns besonders für den Ausbau der Europäischen Freiwilligendienste ein.“

SPD

„Wir sind für den Ausbau von Europaschulen, verbesserte Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität. Wir wollen dafür sorgen, dass gerade auch viele junge Menschen vom neuen EU-Austauschprogramm „ERASMUS+“ für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport profitieren können. Es muss weiterhin eine hinreichende Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit auf europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei die Jugendverbände ein. Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt werden. Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, setzen wir uns für eine finanzielle Förderung der europäischen Bildungsarbeit durch politische Jugendorganisationen ein.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Wir fordern eine angemessene finanzielle Ausstattung für Jugend-Austauschprogramme durch einen Jugend-Fonds als Teil des EU-Haushalts, der existierende Jugendprogramme umfasst und ausweitet. Der Fonds soll „JugendunternehmerInnenentum“, Austauschinstrumente, Training zu sozialen und demokratischen Rechten sowie europäische Freiwilligen- und zivilgesellschaftliche Aktivitäten finanzieren. Ein Europäisches Freiwilliges Jahr für alle kann den europäischen Zusammenhalt, Demokratie und Selbstbestimmung von jungen Menschen fördern. Angehörige bildungsferner und sozial schwacher Schichten müssen als Zielgruppe stärker in den Fokus rücken – europäische Erfahrung sollte für alle erlebbar sein. Europäische Austauschprogramme sollten auch auf andere Altersgruppen ausgeweitet werden. Investitionen in Bildung und Wissensaustausch dürfen weder dem Sparzwang in den Mitgliedstaaten noch einer falschen Prioritätensetzung beim EU-Haushalt zum Opfer fallen. Das Austauschprogramm Erasmus – um nur ein Beispiel zu nennen – ist eine Erfolgsgeschichte. Es stärkt nicht nur die europäische Zusammengehörigkeit, sondern hilft jungen Menschen, den gestiegenen Anforderungen an sie als junge ArbeitnehmerInnen gerecht zu werden, beispielsweise bei Sprachkenntnissen. Daher wollen wir Austauschprogramme stärken und ausbauen, auch für nicht-akademische Bildungszweige und für Auszubildende.“



DIE LINKE

„DIE LINKE unterstützt die Jugendfreiwilligendienste, um jungen Menschen Erfahrungen im Ausland zu ermöglichen. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement darf aber nicht als Lückenbüßer für Sozialabbau und zum Ausbau des Niedriglohnssektors missbraucht werden. Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden (Erasmus für All/YES Europe 2014–2020, das Comenius-Programm für Schulaustausch sowie für den berufsbildenden Austausch im Rahmen des Leonardo-da-Vinci-Programms, Kreatives Europa 2014–2020, Europa der Bürgerinnen und Bürger 2014–2020). Diese Programme müssen stärker für Interessenten mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt werden.“

FDP

„Grenzüberschreitender Austausch macht Europa im Alltag auch menschlich erfahrbar. Deshalb wollen wir Austauschprogramme, wie sie in Europa bereits durch COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) bestehen, stärker fördern. Darüber hinaus wollen wir europaweite Schüleraustauschprogramme weiterentwickeln, damit schon die Jüngsten Gelegenheit haben, Europas Vielfalt zu erfahren.“

AfD

„Das ERASMUS-Programm für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport soll weiter ausgebaut werden. Die AfD unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern.“ „Innerhalb der EU muss die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern gefördert werden, um deren persönliche und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten zu maximieren. Auch junge Menschen ohne gymnasiale Bildung sind hierbei einzuschließen.“

Quellen: (07.04.2014)

Europapolitischer Antrag des CDU-Bundesvorstands an den 26. Parteitag:
<http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/europapolitischer-antrag-an-den-parteitag.pdf>

Wahlprogramm der SPD für die Europawahl:
<http://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf>

Europawahlprogramm 2014 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014-vorlaeufig.pdf

Programm der FDP für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014:
<http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf>

Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014:
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/europa-geht-anders-sozial-friedlich-demokratisch/>

Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014:
<https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf>

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe: Europawahl 2014: Das sagen die Parteien zu Jugendarbeit und Jugendpolitik:
<http://www.jugendhilfeportal.de/fokus/europa/artikel/eintrag/europawahl-2014-das-sagen-die-parteien-zu-jugendarbeit-und-jugendpolitik/>

Impressum:

Herausgeber: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, info@dbjr.de
Die U18-Europawahl wird gefördert durch: Jugend in Aktion.